

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags zweimal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 56.

Die abgesetzten Kompositionen über deren Raum kosten 5.— M. einschließlich Freuungsgebühr. Keine Anzeigen: Das letzte gebuchte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Freuungsgebühr. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzte gebuchte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die werktätige Bevölkerung Deutschlands!

Proletarierinnen! Proletarier!

Hunger und Seuchen wüten in Rußland. Viele Millionen russischer Menschen sind unmittelbar am Leben bedroht. Hunderttausende haben ihre ausgedörrten Wohnstätten verlassen und ziehen ohne Nahrung in die Weite, Tausende fallen täglich der würgenden Not und tödlichen Krankheiten zum Opfer.

Maxim Gorki, der große Dichter des leidenden Volkes, hat die Welt zu Hilfe gerufen. Die werktätige Bevölkerung Deutschlands hat den Ruf gehört; sie eilt zu Hilfe, sie will ihre Menschenpflicht an hungernden und tranken Menschen erfüllen, sie will dem russischen Proletariat die proletarische Solidarität durch die Tat bezeugen.

Groß ist die Not und schwer zu tragen in den Ländern, auf denen nach der Niederlage in dem rachsüchtig angezettelten Kriege die Friedensschlüsse der Gewalt und der Ausbeutung lasten. Auch in den Ländern der Sieger hat der Krieg und sein Abschluß, hat die Vernichtung ungeheurer Werte an Menschen und Gütern, hat die tiefreichende Störung des Welthandels breiten Schichten der Bevölkerung die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz zerstört oder gefährdet. Aber riesenhaft, weit über alle Möglichkeiten der Messung und des Vergleichens türmt sich jetzt die Not und das Leiden des russischen Volkes auf.

Jetzt und hier gilt nicht die Frage nach dem politischen System von Sowjet-Rußland, gilt nicht die Kritik an Handlungen und Unterlassungen der Sowjetregierung. Die Vernichtung der russischen Wirtschaft macht die Wirtschaft der Welt stich und elend, der Hunger und die Seuchen kennen keine nationalen Grenzen. Das Schicksal des russischen Volkes wird zum Schicksal der Menschheit. Es zu wenden, müssen alle Kräfte der bewohnten Erde zusammenwirken.

Zunächst sind Nahrungsmittel und Heilmittel nötig. Eure Solidarität, werktätige Frauen und Männer, muß sie beschaffen. In Stadt

Und nun ans Werk, Genossinnen und Genossen! Krieg dem Hunger — Tod dem Tode!
Es lebe die Internationale des werktätigen Sozialismus!

Berlin, den 27. Juli 1921.

Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein Aufruf der Arbeitsgemeinschaft

Das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hat an die angeschlossenen Parteien ein Rundschreiben gerichtet, in dem es auffordert, die Hilfsaktion für das durch Hunger und Seuchen bedrohte russische Proletariat tatkräftig zu fördern.

Die Hilfsaktion für Rußland

D. E. Riga, 27. Juli.

In Riga wird ein aus Vertretern aller Konfessionen und Nationalitäten zusammengesetztes Hilfskomitee für Rußland gegründet. Dieses Komitee soll ein Bindeglied zwischen dem Moskauer Hilfskomitee und der übrigen Welt darstellen. — Das von der Rigaer Sowjetmission herausgegebene Blatt „Kopj“ bezeichnet den Vorschlag, den der kürzlich aus Rußland zurückgekehrte Vertreter des Estländischen Roten Kreuzes zur Hilfeleistung an die hungernde Bevölkerung Rußlands ausgearbeitet hat, als praktisch ausführbare Grundlage. Danach müßte die Arbeit in Rußland in den Händen von unpolitischen Organisationen liegen, die in Sowjetrußland Autorität genießen und von den Behörden nicht behindert werden dürfen. Hierfür käme die Moskauer Quäker-Organisation in Verbindung mit Maxim Gorki und dem neugegründeten Moskauer Hilfskomitee in Betracht. Solange die Sowjetmacht besteht, ist eine Tätigkeit des Pariser Russischen Roten Kreuzes sowie anderer nicht unpolitischer Organisationen in Rußland ausgeschlossen. Für die Arbeit in Westeuropa und Amerika müßte angedacht der kurzen Zeitspanne bis zum Schluß der Navigation umgehend in Genf oder anderwärts eine Konferenz aller für die Hilfsaktion in Frage kommenden Organisationen, wie das Internationale und die nationalen Rote-Kreuz-Komitees, der Völkerverbund, die Quäker-Hauptkomitees usw., stattfinden, um einen gemeinsamen Aktionsplan auszuarbeiten.

Aus Anlaß der Verschlimmerung der Ernährungslage finden in Petersburg trotz der geringen Zahl der Arbeiter sorgfältig in den Fabriken Besammlungen statt. Auf einer Versammlung der Alexandrowsker Werke wurden, wie die Petersburgische „Pravda“ meldet, nach Kenntnisnahme eines Berichts über die Verpflegungslage, den der aus Moskau eingetroffene Leiter des dortigen Verpflegungswesens Badajew verlas, keinerlei Resolutionen gefaßt, da kein konkreter Ausweg aus der verwerflichen Lage vorge schlagen werden konnte. Nach einer Meldung des Petersburgischen Gewerkschaftsblattes „Rachowik“ sind Studenten in die

und Land, in jeder Arbeitsstätte, muß der Werktätige sich selbst für das russische Proletariat einsetzen.

Ein Arbeitstag im Monat für das russische Volk

Der Geldertrag der proletarischen Opfertage wird durch die Bezirksleitungen der Partei gesammelt. Die Bezirksleitungen führen die Gelder an das Zentralkomitee ab.

Damit nicht genug. Wir rufen die Mütter auf, sich der Kinder Rußlands anzunehmen. Erhalten in ihnen die Zukunft des Sozialismus! Haben deutsche Kinder das Liebeswerk proletarischer Solidarität in der Schweiz, in den nordischen Ländern und wo immer erlebt, so mögen es russische Kinder im notbedrängten Hause deutscher Mütter erleben! International ist die Sprache des werktätigen Sozialismus. — Ueber die Organisation der besonderen Fürsorge für die Kinder werden wir nach Verständigung mit den russischen Genossen weitere Mitteilung machen.

Anzustreben ist eine gemeinschaftliche Aktion aller sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften. Das Zentralkomitee legt seine Bemühungen fort, sie herbeizuführen und rechnet auch hier auf die Mitwirkung aller Werktätigen in Stadt und Land.

Diese Aktion muß sich notwendigerweise auch auf politischem Gebiete entfalten.

Die Regierungen in den einzelnen Ländern sind es, die die staatlichen Nachmittel in Händen haben, um die vom Proletariat aufgebrauchten Hilfsmittel auf schnellstem Wege und unter den günstigsten Bedingungen dem russischen Volke durch seine Regierung zuzuführen. Darüber hinaus müssen die Regierungen erkennen und alle Schichten der Bevölkerung in ihren Herrschaftsgebieten erkennen lassen, daß die Not des russischen Volkes und die Gefahren, die daraus allen Völkern drohen, nur mit den zusammengeführten Wirtschaftskräften und Finanzkräften aller Völker bekämpft werden können. In allen Ländern haben die sozialistischen Parteien auch hier wieder ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, die Regierungen und die bürgerlichen Schichten voranzutreiben.

Hungergebiete zur Vorbereitung der Lebensmittelverteilung entstanden worden. Man rüfste sich zur Veranstaltung von Opfertagen für die hungerleidende Bevölkerung.

Die Ernteausichten in Sowjetrußland

DE. Kewal, 27. Juli.

Das sowjetamtliche Wirtschaftsblatt „Ekonomschestsja Schin“ meldet, daß die im Juli reichlich niedergegangenen Regen, besonders im Südwesten, Westen, Norden und Nordosten, der Ernte mehr geschadet als genützt hätten, da infolge der großen Feuchtigkeit das reife Getreide noch im Stalm zu keinen beginnt und auswächst; zum Teil hat sich das Getreide infolge von Wellenbrüchen gelagert, auch wird das Einbringen des schon geschnittenen Kornes durch Regen sehr verzögert; alles das führt zu einer weiteren Verringerung der Quantität wie der Qualität der Ernte. In den unteren Wolgagebieten schneidet man das Getreide, das aber fast gar keine Körner enthält. — Auch die Heuernte ist durch die Regenfälle sehr beeinträchtigt. In vielen Gegenden wird angefaßt des Futtermangels Laubheu in großen Mengen gesammelt. — Tierische Schädlinge in großer Zahl haben die Obstgärten befallen. Die Zuckerrübenselder der Ukraine sind bis zu 50 Prozent von den Schädlingen vernichtet; die Erwartungen hinsichtlich der Zuckerrübenerte mußten daher weiter herabgesetzt werden; man rechnet für ganz Rußland mit einer Produktion von höchstens 7 Millionen Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm), während beispielsweise im Jahre 1911 117 Millionen Pud produziert wurden.

Wirtschaftsverhandlungen

DA. Berlin, 27. Juli.

Wie die „Dena“ erfährt, wird sich der Berliner Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Wigdor Kopp, Ende dieses Monats, spätestens aber Anfang August, nach Moskau begeben. Er wird das Resultat seiner wirtschaftlichen Verhandlungen, die er über den Ausbau der Petersburger Industrie mit großen deutschen Industriekonzernen geführt hat, der Sowjetregierung vorlegen. Wahrscheinlich werden bereits konkret umrissene Pläne der Sowjetregierung zur Entscheidung unterbreitet werden können.

Keine Kriegsvorbereitungen Moskaus. Die halbamtliche Polnische Telegraphenagentur meldet auf Grund eigener Informationen aus Moskau, daß die Gerüchte über eine Mobilisation in Sowjetrußland und russische Kriegsvorbereitungen gegen Polen und Rumänien jeder Grundlage entbehren.

Das Betriebsbilanzgesetz

Von L. Haimann

Das Betriebsrätegesetz ist wegen seiner zwiespältigen Ausdrucksform eine Quelle dauernder Kämpfe zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerchaft. Handelt es sich doch bei seiner Verwirklichung in der Praxis um nichts weniger als um eine teilweise Preisgabe von alten Vorrechten durch die Besitzer der Produktionsmittel: die Arbeiter und Angestellten als Hauptträger der Produktion sollen kontrollierend mitarbeiten bei der Verwendung ihrer Arbeitskraft und bei der Verteilung der erzeugten Güter zum Besten der Allgemeinheit; sie gewinnen Einblick in die Betriebsverhältnisse zur Schulung für ihre Zukunftsaufgaben nach Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Unternehmer und ihre geistigen Hilfskräfte erkennen diese Entwicklung und wenden naturgemäß alle möglichen Mittel an, die durch das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten eingeräumten Rechte zu schmälern und erst recht es ihnen unmöglich zu machen, ihre Befugnisse irgendwie auszuüben.

Von einschneidender Bedeutung für die Kontrolltätigkeit der Betriebsräte sind die §§ 66 bis 72 B. R. G. über die Aufgaben und die Befugnisse der Betriebsräte. Hier wird ihnen Mitverantwortung an der Produktionsleistung übertragen und demnach auch Einsicht in die Betriebsverhältnisse zugebilligt. Neben dem Vierteljahrsbericht (§ 71 B. R. G.) und der Teilnahme am Aufsichtsrat (§ 70) sind von großer Wichtigkeit die Bilanzsicht und die mit ihr verbundenen Erläuterungen über den Inhalt der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

Wer sich darüber klar ist, was alles in den üblichen Bilanzen, die ein Bild über die Vermögenslage der Unternehmung geben sollen, nicht gesagt wird, der weiß, was die Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung einem sachkundigen Betriebsrat gegenüber bedeuten. Es ist daher nur begreiflich, daß man jetzt, da die durch das Bilanzgesetz vom 4. Februar 1921 gegebenen Vorschriften anfangen, wirksam zu werden, in Arbeitgeberkreisen bei Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ver sucht, die durch die bisherigen Verhältnisse bedingte Ueberlegenheit den Arbeitern gegenüber auszunutzen. Den Betriebsräten kann daher nicht eindringlich genug empfohlen werden, sich durch die von den Gewerkschaften geschaffenen Lernmöglichkeiten (Schulen, Auskunftsstellen, Literatur) die notwendige Sachkenntnis zur Eindringung in die Wirtschafts- und Betriebsverhältnisse zu verschaffen. Nur so ist es ihnen möglich, auch den Auslegungen der Gesetze durch bürgerliche Juristen und Volkswirtschaftler mehr oder weniger kritisch gegenüberzutreten und unabhängig von diesen Kommentaren an ihre Aufgaben als Arbeiter und Betriebsräte heranzugehen.

Es besteht gegenwärtig die große Gefahr, daß die Betriebsräte sich leiten lassen von Ausführungen, die gemäß einer bisher gewohnten Einstellung ihrer Verfasser allzusehr die neuen Rechte der Arbeitnehmer verkennen. Auch wird vielfach die geistige Fähigkeit der Arbeiter, in die für sie immerhin neue Materie einzudringen, sehr unterschätzt. Dieser Geist herrscht — den guten Willen zur Objektivität vorausgesetzt — in einem „Das Betriebsbilanzgesetz“ betitelten Aufsatz des Professors Dr. H. Göppert in dem eben erschienenen dritten Heft der „Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht“ (herausgegeben von Ministerialrat Dr. Derich, Prof. Dr. W. Kassel, Ministerialrat Dr. Fr. Sighler und dem Präsidenten des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung Dr. Fr. Srup) vor.

In einer Kritik an dem § 72 B. R. G. spricht der Herr Professor die Meinung aus, daß es „im Hinblick auf § 71 B. R. G. (Berichterstattung) schwer falle, einen greifbaren Zusammenhang des Rechtes aus § 72 B. R. G. (Bilanzsicht) mit einer dem Betriebsrat durch das Gesetz übertragenen Aufgabe nachzuweisen“. Er ist der Meinung, „daß der § 72 mit dem übrigen Inhalt des B. R. G. in keine bestimmte Verbindung zu bringen sei, daß er nicht recht in das Gesetz passe und sehr verschiedenartigen Unterströmungen seine Entstehung verdanke; unklare Vorstellungen über die Bedeutung der Bilanz und des durch sie vermittelten Einblicks, der Wunsch, allmählich eine mit den Interessen der Privatwirtschaft vertraute Auslese der Arbeiterschaft heranzuziehen, die zur Lösung weiterer in mehr oder weniger verschommenen Urteilen vorstehenden Aufgaben befähigt sein soll. Eine Einwirkung der Arbeiterschaft nach der Richtung, daß Konjunkturgewinne nicht dem Unternehmer, sondern der Allgemeinheit zufallen. Schließlich aber auch der Rätegedanken in seiner wahren Gestalt.“

Herr Professor Göppert kommt zu dem Schluß, daß der § 72 B. R. G. einen Reflex von Tendenzen enthalte, die das B. R. G. nicht aufgenommen hat, zum Teil sogar ablehnen wollte, denen daher bei seiner Auslegung kein Einfluß eingeräumt werden dürfe. Allerdings glaubt der Verfasser auch, daß „das Rechtsleben sich nicht hindern lassen werde, auch mit diesem Gesetz zu machen, was in der Richtung der Entwicklung läge.“ Entweder werde sich das Recht auf Verlegung der Bilanz als zwecklose Einrichtung für die Arbeiterschaft und als eine Belästigung der Arbeitgeber oder gar als Mittel zur Schädigung der Gesamtwirtschaft

erweisen, — möglicherweise trage die Vorschrift aber tatsächlich dazu bei, den festen Punkt zu bilden, von dem aus die Arbeiterschaft die heutige Wirtschaft aus den Angeln heben könne. Der wissenschaftlichen Auslegung bliebe heute nichts anderes übrig, als sich streng an den Wortlaut zu halten und weder zu versuchen, die dem Betriebsrat durch diesen Wortlaut gegebenen Rechte, mögen sie von einem bestimmten Standpunkt aus noch so unerwünscht erscheinen, zu verkümmern, noch den vorher angeedeuteten Unterfrömmungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese Ausführungen können, wenn sie nicht kritisch gewertet werden, für die Betriebsräte eine gewisse Gefahr bedeuten. Der § 72 B. R. G. räumt den Vertretern der Arbeiter und Angestellten im Betrieb ganz positive Rechte ein. In seinem Kommentar zum Betriebsrätegesetz teilt Platow (S. 71) die Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte (§ 66 bis 72) in drei Gruppen ein:

1. das Recht des Betriebsrats, am wirtschaftlichen Leben des Betriebs unterstützend und ratend teilzunehmen;
2. gleichberechtigte Mitwirkung des Betriebsrats bei der Regelung der Arbeitsbedingungen;
3. Vorschriften über das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen.

Platow bezeichnet den § 66 Ziffer 1 und 2, die §§ 70 bis 72, 74, also auch das Bilanzgesetz als Ergänzungsgesetz zu § 72, als gesetzliche Grundlage für die erste Gruppe der Aufgaben und Befugnisse; er bringt somit — und dies mit vollem Recht — die Bilanzentscheidung in unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufgabe und dem Recht, an dem wirtschaftlichen Leben des Betriebs unterstützend und ratend teilzunehmen.

Wer den Organismus eines Großbetriebes und vor allem die Aufgaben der Buchhaltung und der daraus entstehenden Bilanz aus der Praxis kennt, der weiß, daß gerade die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung über die inneren Verhältnisse des Betriebs, an dem ja der Betriebsrat mitarbeiten soll, ihm wichtigen Einblick gestattet, also notwendig sind zur gewissenhaften Erfüllung seiner Aufgaben. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung stellen periodisch die früheren Leistungen des Unternehmens dar und geben die Möglichkeit zur Kritik; gleichzeitig lassen sie Schlüsse auf die Zukunft des Unternehmens zu, welches für den Betriebsrat wichtig.

Herr Professor Göppert sagt mit Recht, daß der Schwerpunkt des Bilanzgesetzes im § 2 liegt, wonach der Arbeitgeber auf Verlangen des Betriebsrats die Vorlagen zu erläutern hat, jedoch besage die Vorschrift keineswegs, daß der Auskunftspflichtige jede Auskunft erteilen müsse, die er auf Grund der Bilanzunterlagen erteilen könne. Wenn das Gesetz aber Bilanzunterlagen wie Inventur, Rohbilanz, Betriebs- und Handlungsunkosten als Unterlagen beispielsweise anführt, so ist daraus gerade eine sehr weitgehende Auskunftserteilung herzuleiten. Es wird also durch den Wortlaut des Gesetzes zum Ausdruck gebracht, daß die angeführten Unterlagen nur Beispiele sind, daß also auch noch andere Unterlagen herangezogen werden können.

Ein besonders wichtiger Punkt ist die Frage über die Bedeutung und die Zusammenhänge der Bilanzposten. Hier kommt Herr Professor Göppert zu folgender Auffassung: Es ist nicht schlecht, aber die einzelnen Bilanzposten, sondern über deren Bedeutung und Zusammenhang Auskunft zu erteilen. Er ist der Meinung, daß dadurch nicht jede Frage beantwortet werden muß, sondern daß die Auskunftspflicht auf die Bedeutung und den Zusammenhang beschränkt sei.

Die Bedeutung der Bilanzposten sei damit gekennzeichnet, daß über die Kontenbezeichnung und über die zugehörige Bewertungsziffer Auskunft erteilt werde, der Auskunftspflichtige habe etwas bilanztechnischen Unterricht zu erteilen; die Bedeutung der Bewertungsziffer bezeichne die Grundzüge, nach denen die Bewertung vorgenommen sei. Damit sei das Wort Bedeutung erschöpft und die Bestimmung, daß auch über die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu erteilen sei, habe nur einen Punkt, der schon unter „Bedeutung“ fällt, besonders hervor. Es sei natürlich der Zusammenhang zwischen Bilanz-Aktiven und -Passiven zu erläutern. Eine Auskunftspflicht über die Bedeutung und Zusammenhänge wirtschaftlicher Natur, etwa über die Liquidität des Vermögensstandes sei nicht notwendig, weil das Gesetz es sonst hätte besonders sagen müssen, die Betriebsvertretung solle nach dem Wortlaut des Gesetzes jedoch nur in die Lage versetzt werden, sich ein allgemeines Bild zu machen!

Wollte man sich auf diesen Standpunkt stellen, wozu wäre dann die Erläuterung der Bilanz überhaupt notwendig? Wozu eine Aufzählung der einzelnen Bestandteile der Bilanz? Denn einen allgemeinen Ueberblick bekommt man schon durch eine noch so verschleierte Bilanz. — Und ganz besonders, wozu die Vorlegung der Betriebs-Gewinn- und -Verlustrechnung, die doch mindestens die Erträge und die Unkosten des Betriebs erkennen lassen müssen, für die die Erläuterungspflicht auch gilt. — Warum besonders der Hinweis auf die Rohbilanz als Bilanzunterlage, wenn nicht an eine gründliche Einsicht in die Betriebsverhältnisse gedacht werden soll? Wer das Wesen der Buchhaltung — und demnach die Bedeutung der Rohbilanz — kennt, der weiß, daß in ihr alle Zahlen über die wirtschaftlichen und buchtechnischen Zusammenhänge erscheinen.

Bei der Auslegung des Bilanzgesetzes, das in seiner Wirksamkeit noch mannigfachen Anlaß zu Auseinandersetzungen vor den selbstverständlichen — im Gegensatz zu der Meinung des Herrn Professor Göppert — nicht nur der Wortlaut, sondern der Geist des Gesetzes maßgebend sein.

Man muß schon, nachdem den Betriebsräten Kontrollrechte eingeräumt sind und ihnen das Betriebsrätegesetz Verantwortung auferlegt, auch zu ihnen das Vertrauen haben, daß sie sich ihrer Pflichten bewußt sind. Es liegt kein Grund vor, das Gespenn des „unberechenbaren Schadens für die deutsche Gesamtwirtschaft“, wie es Herr Professor Göppert tut, aus dem Mangel an Disziplin der Betriebsräte an die Wand zu malen. Im Gegenteil, die deutsche Volkswirtschaft ist in den letzten Jahren gerade mangels einer Kontrolle durch Arbeiter und Angestellte von gewissenlosen Unternehmern geschädigt worden, besonders durch Ausfuhrung wichtiger Produktionsmittel ins Ausland wie auch durch Einfuhrung überflüssiger Luxusartikel zu Profitzwecken u. a. m. Nicht infolge der Teilnahme der Betriebsräte soll die Arbeitslosigkeit vergrößert werden, sondern umgekehrt: die Betriebsräte haben die Pflicht, auf Grund ihrer Kenntnis der Verhältnisse für die Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion im Allgemeininteresse mitzuwirken.

Die Mahnung des Herrn Professor Göppert, daß bei der Auslegung und Handhabung des Gesetzes über die Betriebsbilanz durch die Behörden und Gerichte nicht Sonderinteressen und Bestrebungen der Arbeiterschaft, sondern die Interessen der Gesamtwirtschaft im Vordergrund zu stehen

habe“, und der Hinweis, daß die Arbeiter auf eine loyale Ausführung durch die Unternehmer rechnen können, wenn sie ihrerseits Loyalität, nicht nur hinsichtlich der Schweigepflicht, sondern auch der Schonung der berechtigten Interessen der Unternehmer bei Ausübung des Fragerechts zeigen, läßt erkennen, wie notwendig die Schulung der Arbeiter durch ihre Organisationen ist, damit sie in der Lage sind, alle mit dem Betriebsrätegesetz zusammenhängenden Fragen kritisch zu werten.

Es ist dringende Pflicht jedes Klassenbewußten Proletariats, sich innerhalb seiner Gewerkschaft aller Veranlassungen zu bedienen, die ihm das Rüstzeug zum Kampfe geben. Es handelt sich bei all diesen Fragen um ein Stück Klassenkampf, — um einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Sozialismus.

Die deutsche Hilfsaktion für Rußland

Vertretungen der Vorstände der U. S. F. D. und der B. R. P. D. trafen gestern zusammen, um darüber zu beraten, in welcher Weise die deutsche Arbeiterklasse dem hungernden Rußland zu Hilfe kommen könne. Die Leitung der U. S. F. D. hatte eine Teilnahme an der Besprechung abgelehnt, da sie, wie wir schon mitgeteilt haben, eine politische Aktion nicht mitmachen wolle. Auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war unentretend; der Vorstehende Leipziger hatte lediglich mitgeteilt, daß erstens der Vorstand nicht vollständig zusammen sei und daß zweitens seine Mehrheit aus Rechtssozialisten bestände, also die gemeinsame Aktion nicht unterstützen würde.

Es bestand Einmütigkeit darin, daß die deutschen Arbeiter alles tun müßten, was in ihren Kräften steht, um dem von Hungersnot und Seuchen bedrohten russischen Proletariat zu Hilfe zu kommen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder mit der passiven Haltung des Vorstandes des A. D. G. B. und ebensowenig, daß die Mehrheit der Mitglieder der U. S. F. D. mit der ablehnenden Stellung ihres Parteivorstandes einverstanden sind. Es wird deshalb noch einmal versucht werden, eine gemeinsame Aktion der sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften zustande zu bringen. Inzwischen werden die U. S. F. D. und die B. R. P. D. sich in gesonderten Aufrufen an die Arbeiterschaft wenden und Sammlungen für Rußland eröffnen. Durch besondere Verhandlungen mit den dafür in Betracht kommenden Stellen soll festgestellt werden, was die hungernde Bevölkerung Rußlands zuerst braucht; es werden auch die entsprechenden Schritte bei der Regierung eingeleitet werden, um die ordnungsgemäße und schnelle Uebermittlung der dem russischen Proletariat von den deutschen Arbeitern zugeachteten Liebesgaben sicherzustellen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie veröffentlicht heute einen in diesem Sinne gehaltenen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft, und wir ermahnen, daß er bei unseren Parteigenossen den lebhaftesten Widerhall finden wird. Trotzdem die deutsche Arbeiterklasse selbst unter dem stärksten wirtschaftlichen Druck lebt, wird sie doch erkennen, daß es sich hierbei um einen Akt proletarischer und rein menschlicher Solidarität handelt. Der Aufruf betont mit Recht, daß der Kampf gegen die fürchterliche Not in Rußland keine Angelegenheit eines einzelnen Landes sein kann. Die Russen selbst wenden sich an die ganze Welt um Hilfe, und wir sind sicher, daß das internationale Proletariat bei dieser Hilfeleistung nicht zurückbleiben wird. Auch die internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien hat sich sofort an die ihr angeschlossenen Länder gewandt und dazu aufgerufen, die Hilfsaktion für das russische Proletariat tatkräftig zu fördern.

Auch Georgien braucht Hilfe

Ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ hatte Gelegenheit, mit dem kürzlich in Berlin eingetroffenen Innenminister der sozialistischen Republik Georgien, Ramischwilli, zu sprechen. Dabei sagte der Minister: „Ich bin seit den letzten Vorkriegsjahren wieder zum ersten Male in Berlin. Während meiner bisherigen Anwesenheit hatte ich, außer mit den beiden sozialdemokratischen Parteien, mit der Reichsregierung mehrfach Besprechungen, in denen ich die augenblickliche Situation Georgiens darlegte. Denn die Lage, in die das Land durch die bolschewistische Okkupation geraten, ist furchtbar. Eine entsetzliche Hungersnot, die sich täglich vergrößert, herrscht in Georgien. Dazu zahllose Fälle von Cholera und Typhus, während überall Medikamente und Heilmittel fehlen. Seit der Okkupation ist das Leben in Georgien um siebzigmal teurer geworden, und für eine deutsche Mark erhält man dort tauelnd Rubel. Infolge der russischen Besetzung, von deren Druck man sich eine Vorstellung machen kann, wenn man bedenkt, daß zur Zeit etwa 200 000 Russen in Georgien leben, ist auch der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Georgien, der lebhaft im Gange war, völlig unterbrochen. In Georgien leben gegenwärtig mehrere tausend deutsche Staatsangehörige. Auch ihr Dasein wird durch die allgemeinen Zustände natürlich höchst ungünstig beeinflusst. In den Besprechungen mit der deutschen Regierung und mit den genannten Parteien habe ich überall vollstes Verständnis für Georgiens Not gefunden. Mein Schreiben ist es, die moralische Unterstützung Deutschlands zu erlangen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sie uns bereits ausgesprochen und zugesagt. Eine praktische Hilfe Deutschlands für Georgien kann höchstens in der Gewährung von Medikamenten bestehen, ein Wunsch, den ich in meinen künftigen Unterhaltungen mit der Reichsregierung auch zur Sprache bringen werde.“

Hochverrat der Firma Schichau

Im Arbeitsministerium fanden dieser Tage Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schichau-Schiedspruches statt. Die Firma hatte wieder niemand mit ihrer Vertretung beauftragt, vielmehr schriftlich erklärt, daß sie das Verfahren als ungesetzlich betrachte. Die Verhandlungen wurden vertagt. Ueber das, was zur Zeit in Elbing als „geheilig“ angesehen wird, unterrichtet folgendes Dokument, das gegenwärtig von den Machern der durch die Firma und mit den Geldmitteln der Firma gegründeten gelben Organisation verbreitet wird:

„Nationaler Arbeiterverein der Schichauwerke zu Elbing. Beitrittserklärung.

Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zum Nationalen Arbeiterverein der Schichauwerke zu Elbing und gebe die ehrenwörtliche Versicherung ab, daß ich weder einer freien Gewerkschaft noch der sozialdemokratischen Partei oder einem Verein mit sozialdemokratischer Tendenz angehöre. Ich erkläre vielmehr, daß ich treu zu Kaiser und Reich stehen will. Vor- und Zuname usw.“

Ein Original dieser Beitrittserklärung ist dem Reichstagsabgeordneten Dithmann übermittelt worden. Offen kundiger Hochverrat kommt in diesem Treiben zum Ausdruck, und es ist bezeichnend, daß dieses freche Treiben von einer Firma vorgenommen wird, die mit Staatsaufträgen arbeitet. Wie lange wird die Regierung sich von der Firma Schichau auf der Nase herumtanzen lassen?

Die Helden des Nationalismus

Zwei neue nationalistische Kundgebungen zu der Verurteilung der beiden U-Boot-Offiziere durch das Reichsgericht in Leipzig verdienen registriert zu werden. Die erste geht aus von dem Landesverband Hamburg der Deutschen nationalen Volkspartei, die eine Adresse an die beiden verurteilten U-Boots-Helden“ Boldt und Dithmar zur Unterschrift aller Hamburger Frauen und Männer, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, ausgesetzt hat. Die Adresse hat folgenden Wortlaut:

„Wir, Hochwohlgeborenen bringen die unterzeichneten Hamburger Männer und Frauen zum Ausdruck, daß sie die Anklage, welche gegen Sie erhoben worden ist, gleich Ihnen als eine Verleumdung empfunden haben, die geschehene Fesselung mit Entrüstung verurteilen und angefaßt der inzwischen unter dem Einfluß feindlicher Mächenschaften verhängten Strafe schmerzliche Anteilnahme empfinden. Das blanke Ehrenschild läßt die verhängte Strafe abfallen. In höchster Verehrung und Dankbarkeit, wie sie die U-Boothelden vom Vaterlande verdient haben, werden wir verharren und unsere Volksgenossen immer wieder auf Sie als Märtyrer des traurigen vaterländischen Geschickes hinweisen. Möge der allmächtige Gott Ihnen in Ihrer schweren Lage beistehen.“

Die andere Kundgebung ist in einem Telegramm enthalten, das die Stagerat-Gesellschaft, Berlin, eine Vereinigung ehemaliger Seeoffiziere, an die Herren Boldt und Dithmar gerichtet hat:

„Das Reichsgericht hat unter dem Zwange des Schmachfriedens sprechen müssen. Wir, Eure Kameraden in Not und Tod, sagen Euch, Ihr bleibt bei uns, was Ihr wart, und kein Spruch kann die Treue brechen, die wir Euch halten, und die Ihr, das wissen wir, der alten, ruhmreichen Marine wie draußen auch weiter in heißer Vaterlandsliebe halten werdet.“

Daß die Deutschnationalen mit und ohne Offiziersrang nach wie vor die Torpedierung eines Lazarettschiffs und die Beschädigung der Rettungsboote für eine rühmensewerte Heldentat halten, versteht sich von selbst. Interessanter ist ihre Behauptung, das Reichsgericht habe unter dem Einfluß feindlicher Mächenschaften sein Urteil gefällt. Die Frage drängt sich auf, warum denn diese feindlichen Mächenschaften im Prozeß gegen den General Stenger nicht wirksam waren, und ob denn die „Kreuzzeitung“ auch „unter dem Zwange des Schmachfriedens“ stand, als sie nach dem jetzt befristeten Urteil schrieb: „Auf Grund der Beweisaufnahme konnte das Reichsgericht zu einem Freispruch nicht wohl kommen.“

Krieg in Stettin

Das Stettiner Polizeipräsidium teilt mit:

Nachdem bereits am Montagabend durch Angehörige des hiesigen Reichs-Pionierbataillons Nr. 2 die öffentliche Ruhe und Ordnung in den Grabower Parkanlagen erheblich gestört worden war und Reichsmehranghörige sich der Feststellung ihrer Persönlichkeit mit blanker Waffe widersetzt hatten, machten am Dienstagabend gegen 10 Uhr Angehörige des obengenannten Reichswehrtruppenteils gemeinsam mit rabaulustigen Zivilpersonen in der Nähe des Parkhauses einen Angriff auf im Dienst befindliche städtische Polizeibeamte. Letztere sahen sich plötzlich einer größeren Menge gegenüber, aus deren Mitte etwa 15 scharfe Schüsse fielen. Gleichzeitig drangen Soldaten mit gezogenem Seitengewehr auf die Beamten ein, worauf letztere zur Abwehr des Angriffes von der blanken Waffe Gebrauch machten. Ruhe und Ordnung wurde binnen kurzem wiederhergestellt. Eine Anzahl Ruhestörer wurden verhaftet. Mehrere Verletzte wurden nach Auflegung von Rotverbänden ins Lazarett bzw. zu ihrem Truppenteil befördert.

Die Reichswehr hat seit dem Rapp-Butsch keine ernsthafte Arbeit gehabt. Sie muß sich aber scheinbar irgendwie beschäftigen, denn das Kriegsspielchen gehört nun einmal zu ihrem Handwerk. Auch in Stettin spielt die Reichswehr anscheinend Krieg aus Mangel einer anderweitigen nutzbringenden Beschäftigung. Da wir aber genug vom Krieg haben, würde es nicht nur politisch, sondern auch volkswirtschaftlich und finanziell von großer Bedeutung sein, die Reichswehr endlich einer nutzbringenden, produktiven Beschäftigung zuzuführen. Dann würde das Kriegsspielchen gleich aufhören, wir könnten jährlich einige Milliarden sparen und blieben außerdem von der monarchistischen Gejahr verschont.

Die italienischen Finanzen

Zehn Milliarden Fehlbetrag

Rom, 27. Juli.

Die Kammer beriet die Regierungsvorlage betreffend die Bewilligung von fünf provisorischen Budgetwölfein. Der Schatzminister erklärte, der Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1920/21 betrage insgesamt 10 Milliarden 300 Millionen Lire. Für das Rechnungsjahr 1921/22 schätze er ihn auf 4 Milliarden 262 Millionen. Nach der ersten Schätzung sei der Fehlbetrag auf 10 Milliarden 370 Millionen berechnet worden. Infolge neuer Anfordrungen des öffentlichen Dienstes würden die Ausgaben überschritten werden; der Minister hielt es daher für ratsam, bei der vorläufigen Schätzung den Fehlbetrag auf ungefähr 5 Milliarden zu veranschlagen. Die öffentlichen Schulden betrage mit Einschluß aller inländischen und ausländischen Schulden 106 Milliarden 721 Millionen; von diesem Betrage seien 25 Milliarden 500 Millionen Schatzscheine. Abgesehen davon, daß sich darin das Vertrauen der kleinen und großen Sparer zum Staate ausspiegele, ermögliche diese Tatsache, eine Vermehrung des Notenumlaufes zu vermeiden. Der Notenumlauf, der die Höhe von 10 Milliarden 700 Millionen erreicht hätte, habe am 20. Juni 8 Milliarden 900 Millionen betragen und sei gegenwärtig noch weiter zurückgegangen. Der Minister erklärte schließlich, er lege die Lage des Staatshaushalts mit der größten Offenheit dar. Er hege das Vertrauen, daß die dem italienischen Volke innewohnenden aufbauenden Kräfte seinen Wohlstand wiederaufrichten würden.

Oberschlesien

Paris, 27. Juli.

Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ teilt mit, in englischen Kreisen würde erklärt, daß die französische Regierung vor der Zusammenkunft des Obersten Rates keine Truppen sendungen nach Oberschlesien abgeben lassen werde und daß auch von diesem Zeitpunkt an gerechnet die französischen Truppen noch 2 bis 3 Tage abmarschbereit stehen würden, um die Entscheidungen des Obersten Rates abzuwarten.

In der Sitzung der Botschaftskonferenz, die heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon stattfand, verlas dieser die kürzlich von dem Oppelner Kommissar an die Botschaftskonferenz gerichteten Mitteilungen. Die Konferenz hat ferner den Wortlaut der für die deutsche Regierung bestimmten Mitteilung wegen der Erlegung des Reichskommissars in dem Rheingebiet von Stant festgesetzt.

Eine Blamage

Jetzt nimmt auch die sinnfällige Telegraphenunion zu dem famosen Programmwurf der rechtssozialistischen Partei Stellung. Sie meldet:

Wie wir aus den Kreisen der Ausschussmitglieder (!) erfahren, wird der Entwurf des neuen sozialistischen Parteiprogramms, über den der nächste Parteitag Beschluss fassen sollte, entweder vorher zurückgezogen oder nach kurzer formaler Debatte an den Ausschuss zurück verwiesen und zwar deswegen, weil es sich gar nicht um den richtigen Programmentwurf handelt. Der Parteitag hatte 9 Ausschüsse (!!) mit der Bearbeitung eines Programmentwurfes beauftragt. Diese Ausschüsse hatten ihre ganz besonderen Gebiete zu bearbeiten und sollten dann in gemeinsamer Sitzung das einzelne bearbeitete Material gegenseitig vergleichen, ergänzen und bearbeiten. Statt dessen erhielten die Ausschussmitglieder plötzlich den später veröffentlichten Entwurf mit der Aufforderung, sich innerhalb 3 Tagen dazu zu äußern, ohne daß auch nur eine Gesamtsitzung stattgefunden hätte. Die meisten Ausschussmitglieder lehnten denn auch diese Zumutung ab. Trotzdem erschien nach drei Tagen im „Vorwärts“ der Entwurf als angebliche Arbeit der vorbereitenden Ausschüsse. Der Entwurf ist inzwischen von nahezu sämtlichen Bezirksstellen abgelehnt worden.

Hier kann wirklich einmal gesagt werden: Kommentar überflüssig!

Die Einheitsfront der Lohnempfänger

Seit einiger Zeit sind zwischen dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Deutschen Beamtenbundes Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten geführt worden, die zur Formulierung folgender Vereinbarung geführt haben:

„Zur wirksamen Vertretung des gemeinsamen Interesses der Arbeiter, Angestellten und Beamten vereinbaren die unterzeichneten Spitzenorganisationen unter Wahrung ihrer vollen Selbstständigkeit und unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Beeinträchtigungen folgende Abmachungen:

1. Die drei Spitzenorganisationen verpflichten sich und die angeschlossenen Verbände, in der Wahrung der gemeinsamen Arbeiterinteressen zusammenzuwirken. Jede Organisation hat ihr eigenes Programm selber durchzuführen. Beschlüsse über gemeinsame Handlungen sind auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen.

2. Alle beteiligten Verbände erkennen ihren organisatorischen Bestehstand gegenseitig an und werden sich jeden agitatorischen Eingriffs in die Mitgliedschaft eines anderen beteiligten Verbandes enthalten. Organisatorische Streitigkeiten sollen im Wege gütlicher Schlichtung behoben, bestehende Unstimmigkeiten baldigst beseitigt werden.

3. Die beteiligten Verbände stehen auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung des Deutschen Reichs. Sie verpflichten sich, jeder Verletzung und jeder ungesetzlichen Aenderung dieser Verfassung im Reich und in den Ländern geschlossen entgegenzutreten, aber jede politische und religiöse Ueberzeugung in ihren Mitgliederkreisen unbestritten zu dulden.

4. Für die Stellungnahme zu wirtschaftspolitischen Fragen und eine gemeinsame Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik durch die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände ist richtunggebend die Lage der Mitglieder als Arbeitnehmer und Verbraucher. Erster Grundsatz in der Wirtschaftspolitik soll sein, daß stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen voranzukommen ist.

5. Diese Vereinbarung gilt auch für die örtliche und betriebliche Gliederung der beteiligten Spitzenorganisation, sowie für die Fachgruppen der angeschlossenen Verbände, soweit Beamte, Angestellte und Arbeiter in Betrieben und Verwaltungen den gleichen Arbeitgebern unterstehen.

Wir begrüßen diese enacere Verbindung zwischen der großen Organisation der Beamten und den Organisationen der Arbeiter und Angestellten als ein Zeichen für die endlich bei den Beamten hervorgetretene Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der Interessen aller drei Gruppen. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem eine neue Welle der Preissteigerung die Existenz aller Lohnempfänger aufs schwerste zu gefährden droht, in dem die wirtschaftliche und die politische Reaktion die auf Deutschland ruhenden Lasten den Lohnempfängern aufzuerlegen sucht, ist diese Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten von außerordentlicher Bedeutung. Die gemeinsame Grundanschauung in den Fragen der Wirtschaftspolitik aber muß nun auch dazu dienen, alles einzusehen, um die Lebenshaltung der Lohnempfänger zu sichern. Die formelle Herstellung der Einheitsfront muß begleitet sein von dem Willen, die dadurch gewonnene Macht restlos für den Schutz der Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger einzusetzen.

Die Orgeßch fühlt sich stark

Von welchem Machtgefühl die Orgeßchritter nun auch in Baden reißt sind, zeigen einige Mitteilungen des „Vorwärts“. Gegen die Personen, die bei der Aufdeckung der Waffenslager in Osterreich behilflich waren, wird öffentlich zum Boykott aufgefordert. Ein entsprechendes Plakat hat folgenden Inhalt:

„Einwohner Osterreichens! Hüte Euch und gebt dem E. und dem K. keine Lebensmittel, wie Milch, Eier mehr. Wer erwünscht wird, kann rechnen, daß seine Scheune und alles nach der Ernte abgebrannt wird.“

In der Tat hat ein Metzgermeister sich geweigert, dem Kinde eines wegen Bekanntheit des Waffenerstellers verdächtigen Mannes Fleisch abzugeben. Dem Sohne eines anderen Mannes ist aus dem gleichen Grunde gekündigt worden. Einem Geschäftsmann sind sämtliche Austräge entzogen worden. Dagegen sitzen Eisenbahnsekretäre, Rangierer und Eisenbahnarbeiter, welche die Waffenschließungen nachweislich unterstützt haben, unbehelligt bei der Generalkonferenz auf ihren Kosten. Unter diesen Umständen ist es einfach ein unerhörter Standaß, daß die Gerichte die Verfolgung der Waffenschließer immer weiter verschleppen. Dieses Verhalten der Gerichtsbehörden kann nur als eine indirekte Förderung der Waffenschließungen gedeutet werden.

Zum Fall Frauendorfer

Der Rechtsbestand des verstorbenen Ministers von Frauendorfer hat den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein umfangreiches Schreiben zugehen lassen, worin es heißt: „Ihre Angaben, daß das Gericht ein Strafverfahren oder eine Voruntersuchung gegen Herrn von Frauendorfer eröffnet hat, ist nicht richtig. Wichtig ist nur, daß gegen Frauendorfer ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. Unwahr ist, daß die Voruntersuchung keinen Zweifel mehr an der Straffälligkeit dessen zuletz, was Frauendorfer getan hat. Die Ermittlungen, die noch keineswegs abgeschlossen sind, sollen vielmehr erst die Klärung des Verdadtes bringen.“

Die geheimnisvolle Hundertschaft

Waffenverkäufe durch Polizeibeamte — Die Unterfuchung ohne Ende

Die Vorgänge in der geheimnisvollen Hundertschaft, die den geheimnisvollen Titel „zur besonderen Verwendung“ trägt, werden immer geheimnisvoller gemacht durch die Darstellungen, die die preussische Regierung der Öffentlichkeit übermitteln. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse für denjenigen, der sehen will, gar nicht sehr unklar. Die Hundertschaft betrachtet sich als Staat im Staate. Sie hat ihre eigenen Rechtsbegriffe festgelegt, spielt den Richter gegen sich selbst und zwingt den Behörden ihren Willen auf. Das preussische Presseamt meldete zum Beispiel nach dem Bekanntwerden der ersten Nachricht über die Vorgänge in der Hundertschaft, daß schon im November 1920 eine Unterfuchung eingeleitet worden wäre, die bisher noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Das stimmt. Und wenn in der bisherigen Weise weiter verfahren wird, so wird die Unterfuchung überhaupt nie abgeschlossen werden. Während der ganzen Dauer der bisherigen Unterfuchung ist z. B. kein einziger Beamter vom Dienste suspendiert worden, auch wenn die schwersten Belastungsgründe gegen ihn vorlagen. Eingegen sind die Beamten, die aus Anlaß des Kapp-Butsches ihren eidbrüchigen Vorgesetzten den Gehorsam verweigert hatten, bis Februar dieses Jahres suspendiert worden. Die Unterfuchung wegen geschwinderiger Vorkommnisse oder verbrecherischer Aktionen innerhalb der Polizei werden überhaupt nach einem geradezu vorbildlichen Muster geführt. So wird uns jetzt wieder folgender Fall mitgeteilt:

Bei der Waffenabgabe im Herbst vorigen Jahres erschien beim Vorstand des Verbandes der Beamten der Schutzpolizei der Wachtmeister Steinmeyer und machte Angaben über einen ungesetzlichen Verkauf von Infanteriemunition durch die Polizeibeamten Jehlendorf. Es handelte sich um vier Kisten von Munition, die vorher von der Fliegerkassette in Karlsruhe nach Dahlem ins Depot gebracht worden waren. Bei der Waffenabgabe wurde diese Munition in Mengen von je 10 Kisten in einem Personenauto durch Chauffeure in Zivil den einzelnen Waffenabnahmestellen zugeführt und die Prämien dafür empfangen.

Die gesamte Munition ist auf diese Weise verkauft worden. An die Chauffeure wurden Schmiergelder gezahlt. Der Major Herrmann, Kommandeur der Abteilung Jehlendorf, war von dem Vorgang genau unterrichtet. Wachtmeister Steinmeyer sollte nun dem Polizeipräsidenten diesen unerhörten Vorgang persönlich übermitteln. Der Polizeipräsident war nicht zu sprechen, er verwies die Sache an den Hauptmann Scharow. Dieser nahm darauf ein Protokoll auf, das dem Polizeipräsidenten vorgelegt werden sollte. Seit dieser Protokollaufnahme sind mehrere Monate vergangen, und die „Unterfuchung“ schwebt noch immer. Der Wachtmeister Steinmeyer aber, der die Anzeige erstattete, ist — entlassen worden.

Am 2. März wurde der Polizeipräsident befragt, wie es mit der Unterfuchung in dieser Angelegenheit stehe. Er erließ daraufhin eine Antwort, die wörtlich wiedergegeben werden muß, weil sie in das ganze dunkle Getriebe der Polizei hineinleuchtet und geradezu einen Herd von Korruption und Niedertracht ausdehnt. Das Schreiben, das an den Verband der Exekutivpolizeibeamten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, gerichtet ist, lautet:

Bäckergeßellen und Brotpreiserhöhung

30 prozentige Lohnforderung.

Eine vom Bäckerverband einberufene öffentliche Versammlung der Berliner Bäckerarbeiter beschloß sich am gestrigen Mittwoch mit der Aufhebung der Kontingentierung und deren Folgen. Der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle des Bäckerverbandes Schuhmann schilderte die Umstände, die zur Einberufung der öffentlichen Versammlung führten. Am vergangenen Freitag traten im Sachausschuß für das Bäckergewerbe die Bäckermeister für die Aufhebung der Kontingentierung ein, damit also auch für die Beseitigung des Beschäftigungszwanges. Die Arbeitnehmervertreter im Sachausschuß wandten sich dagegen. Am Montag teilten plötzlich die Bäckermeister mit, daß auch sie die Beibehaltung der Kontingentierung fordern. Die weiteren Ausführungen des Referenten verdrängten sich zu folgender Entschlußfassung, die von der außerordentlich gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen wurde.

„Die am Mittwoch, den 27. Juli, im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Bäckergeßellen von Groß-Berlin fordert den Magistrat bzw. die Ernährungsdeputation auf, an dem bis jetzt in der Kontingentierung liegenden Beschäftigungszwang für Bäckergeßellen nichts zu ändern. Würde doch durch den Wegfall des Beschäftigungszwanges die schon jetzt durch ihre Dauer sehr drückende Arbeitslosigkeit sich zur Unentgeltlichkeit steigern. Dies um so mehr, als prozentual die Arbeitslosigkeit im Bäckerberuf die größte und durch die übergroße Mehrzahl von Kleinbetrieben im Bäckerberuf (98 Prozent aller Betriebe) noch vergrößert werden würde durch lange Alleinarbeit des Arbeitgebers oder durch Gehalt durch billige Arbeitskräfte, durch Lehrlinge.“

Der angelegte volkswirtschaftliche Nachteil, den die Kontingentierung in sich bergen soll, würde durch den Wegfall derselben nicht beseitigt, sondern würde durch die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit der „volkswirtschaftliche Nachteil“ nur anderwärts geholt. Durch diese anderweitige Buchung ergäbe sich aber noch eine Verschlechterung für die Gesamtheit, als ja zu dem angelegten materiellen Verlust noch ein moralischer hinzu käme. Andererseits muß aber die Gesellschaft gegen die Aufhebung der Kontingentierung und den darin enthaltenen Beschäftigungszwang protestieren, als sie ja dadurch die Verwirklichung der zehn Punkte des A. D. G. B. preisgeben würde, die durch die Kontingentierung bisher für das Bäckergewerbe bestand.

Der Wegfall der Kontingentierung muß aber auch deshalb zurückgewiesen werden, als ja der von den Gegnern als volkswirtschaftlicher Nachteil bezeichnete Teil schon jetzt in Wegfall kommt. Ist doch bei der Brotpreiserhöhung für den 15. August die Lohn-erhöhung, die sich durch die kommende Brotpreiserhöhung und deren Fernwirkung notwendig macht, nicht mit in Ansatz gebracht worden, sondern wird sich diese nur auf die unbewirtschaftete Produktion ausbauen.

Die Versammlung weist aber aus diesen Gründen auch alle etwaige, wie schon in früherer Zeit erhobene Vorwürfe, der Brotverteuerer zu sein, ganz energisch zurück und weist die Bevölkerung darauf hin, daß in dem neuen Brotpreis, welcher ab 15. August zu zahlen ist, kein Pfennig erhöhter Lohn, aber 64 Pfennig für Verteuerung von Rohstoffen und sonstiger Artikel und rund 1,20 M. für Erhöhung des Mehles enthalten sein wird.

Die Bäckergeßellen verlangen also nichts als Arbeit und dadurch Existenz, was durch die Kontingentierung mit erreicht wird, deshalb fordern sie die Beibehaltung derselben.“

Sämtliche Diskussionsredner äußerten sich im vollkommenen Sinne. Als Vertreter des Zentralkomitees anderer Parteien und der Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion erklärte Genosse Dr. Herß, daß beide Körperchaften alle Beratungen über die kommende Neuregelung der Brotversorgung wegen ihrer großen Wichtigkeit für die gesamte Arbeiterschaft mit großem Interesse verfolgen. Die Unabhängige Stadtverordnetenfraktion und ihre

„Die Anzeige über den Verkauf der Munition ist zum Gegenstand eingehender polizeilicher Ermittlungen gemacht worden. Mit diesen Ermittlungen hatte ich den Leiter meiner Abteilung Fa. Regierungsrat Dr. Weiß, beauftragt. Die Ermittlungen haben sich in die Länge gezogen, da ein Beamter der Schutzpolizei, der als Hauptbeteiligter verantwortlich vernommen werden mußte, erst im Februar von einem längeren Urlaub (!!) zurückgekehrt ist. Nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen sind die gesamten Vorgänge dem Rechtsbeirat der Abteilung Ia zugeleitet worden zur Erstattung einer gutachtlichen Äußerung darüber, ob ein Zivilanspruch (!!) des Reiches gegen diejenigen Beamten der Schutzpolizei besteht, welche für den Verkauf der Munition Prämien in Empfang genommen bzw. die Prämien verausgabt haben.“

Nach Klärung dieser zivilrechtlichen Frage werden die polizeilichen Ermittlungsorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben, damit diese sich darüber schlüssig macht, ob gegen die in Betracht kommenden Beamten der Schutzpolizei ein Strafverfahren nach §§ 242, 248, 350, 367 einzuleiten ist, oder ob das Verfahren aus Rechtsgründen eingestellt werden muß.

Sobald die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ergangen ist, werden die Vorgänge dem Kommandeur der Schutzpolizei zugehen zur Prüfung der Frage, ob gegen die in Frage kommenden Beamten der Schutzpolizei disziplinarisch einzuschreiten ist. J. B. bez. Koll.“

Halten wir also an folgendem fest: Im Dezember 1920 wird dem Polizeipräsidenten Anzeige erstattet, daß eine Polizeibeamten mit Wissen des Kommandeurs Munition verkauft und den widerrechtlichen Gewinn unter sich verteilt hat. Nach vier Monaten ist die Unterfuchung noch nicht weiter gekommen, der Anzeigersteller fragt deshalb nach dem Verlauf der Unterfuchung. Antwort: es ist untersucht worden und es wird weiter untersucht. Inzwischen verstreichen wiederum fünf Monate und die Unterfuchung ist immer noch nicht abgeschlossen. Praktisch betrachtet heißt das doch nur soviel, daß überhaupt nicht untersucht, sondern Komödie gespielt wird. Und warum? Im Polizeiwesen sind Böde als Gärtnereität, Sicherheitsbeamte, die den Staat vor Verbrechern schützen sollen, begehen selbst die schlimmsten strafwürdigen Vergehen. Das soll die Öffentlichkeit nicht wissen, und deshalb wird der ganze Polizeiparapparat zur Vertuschung und Verheimlichung in Bewegung gesetzt.

Und diese Polizei will dem Verbrechertum Respekt einflößen? Sie soll erst einmal dafür sorgen, daß in ihrem eigenen Hause Ordnung herrscht! Einstweilen herrscht dort nicht das Recht, sondern eine geheime Feme hat alle Jäden in ihren Händen. Diesem nichtswürdigen Gaukelspiel muß aber endlich ein Ende bereitet werden. Die Hundertschaft zur besonderen Verwendung ist auf Grund der Vorkommnisse unfähig, Polizeidienste zu verrichten. Sie muß selbst ein Objekt der Polizei und der Staatsanwaltschaft werden. Das heißt, die Führer der Hundertschaft sind sofort ihres Dienstes zu entheben und in Haft zu nehmen. Wenn der preussische Staat nicht den Vorwurf auf sich sitzen lassen will, daß er sich zu seinem Schutze mit Verbrechern umgeben hat, wird es seine Pflicht sein, diese Forderung sofort zu erfüllen.

Vertreter in der Ernährungsdeputation hatten die Forderung der Bäckergeßellen auf Beibehaltung der Kontingentierung für berechtigt. Die Beibehaltung der Beschäftigungspflicht im Bäckerberuf ist eine Maßnahme, die sich aus volkswirtschaftlichen Gründen von selbst empfiehlt. Wenn die Arbeit in Zukunft auch in anderen Erwerbszweigen nicht weise verteilt wird, dann wird ein großer Teil unserer Bevölkerung durch die dauernde Arbeitslosigkeit im Elend untergehen. Für die Beibehaltung der Kontingentierung einzutreten, fällt uns um so leichter, als die berechtigte Erhöhung des Lohnes der Bäckerarbeiter auf die Preise der freien Bäckererzeugnisse geschlagen werden soll und nicht auf die Erzeugnisse, die noch der Zwangsbewirtschaftung unterliegen. Alle Arbeiter werden durch die Brotpreiserhöhung zu dem Kampf für eine Steigerung ihrer Einkünfte gezwungen. Ich hoffe, daß über die Frage der Beibehaltung der Kontingentierung bei sämtlichen sozialistischen Parteien keine Meinungsverschiedenheiten austauschen werden. Gegner ihrer Forderungen werden ihnen wohl nur bei den Bürgerlichen erwachsen.

Bei den kommenden Ereignissen werden Sie als Angehörige einer breiten Berufschaft ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Seien Sie bei den Kämpfen um die Neubesehung des Groß-Berliner Stadtparlaments stets der Tatsache eingedenk, daß Sie dort nur einen Freund haben, und das sind die sozialistischen Parteien. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung fand die vorgelegte Resolution einstimmige Annahme.

Schuhmann empfahl dann der Versammlung, sich der Forderung der Funktionärskonferenz der Bäcker anzuschließen und eine Lohn-erhöhung von 30 Prozent zu fordern. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung ebenfalls gutgeheißen.

Waldbrände in der Rheinpfalz

Als Folge der Hitze und Trockenheit sind in der Rheinpfalz im Verlauf der letzten 48 Stunden dreierlei Waldbrände ausgebrochen, die augenblicklich noch andauern und bisher schon einen Schaden von etwa 6-7 Millionen Mark an den Waldbeständen verursacht haben. Die Waldbrände wüten bei Homburg, Kaiserslautern und bei Maximiliansau; es sind zusammen etwa 50-70 Hektar Kiefern und Nichtenbestände sowie Hoch- und Niederwald vernichtet worden. Zur Bekämpfung der verschiedenen Brände sind die Feuerwehren von etwa 14 Ortschaften, ferner die Dorfbewohner und mehrere hundert Mann der französischen Besatzungstruppen aufgeboten. Um die Eindämmung der Brände herbeizuführen, mußten vielfach sog. Feuergräben geschlagen werden. Die Eisenbahnlinie von Kaiserslautern nach Entenbach ist durch einen Waldbrand ebenfalls bedroht.

Landarbeiterstreik im Bezirk Leipzig. Mittwoch früh ist in der Amtshauptmannschaft Leipzig ein Streik der Landarbeiter ausgebrochen. Ueber die Entstehung des Streiks verlautet, daß nach ursprünglicher Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Frage der Lohnforderungen in letzter Stunde von den Arbeitern neue Lohnforderungen gestellt wurden, die die Arbeitgeber ablehnten.

Beschürzung des Kölner Buchdruckerstreiks. Die streikenden Buchdrucker verhinderten hier das Erscheinen der von der bürgerlichen Presse gemeinsam herausgegebenen Zeitung. Die Zeitungsträgerinnen weigerten sich, das Blatt auszuliefern. Gestern wurden die Trägerinnen überhaupt nicht aus dem Gebäude der Kölnischen Zeitung herausgelassen, so daß das Blatt an den Zeitungsvorkaufsstellen nicht zu haben war. — Diese Solidarität ist zu begrüßen.

Das Grab Jean Jaurès. „Journal des Debats“ meldet aus Albi (Departement Tarn), daß dort heute auf dem Friedhof in aller Stille der Sarg von Jaurès in sein Grab umgeholt wurde, das die Gemeinde von Albi für ihn hatte herrichten lassen.

Groß-Berlin

Deutsche Kultur

Ein Zwischenfall bei den vaterländischen Freilichtspielen in Potsdam. Am vergangenen Sonnabend kam es während der ersten Pause in der Aufführung des „Hermannslied“ zwischen dem Publikum und Japanern zu einem Tumult — und nur mit Mühe gelang es den Platzwachen und der Sicherheitspolizei, wieder Ruhe herzustellen —, so daß nach einer längeren Pause die erregten Gemüter, besonders die der Frauen, sich wieder beruhigten und das Spiel weitergehen konnte.

Die vorstehende Meldung befindet sich in der „Deutschen Zeitung“ vom gestrigen Mittwoch. Die Benennung der Quelle genügt wohl, um das größte Mißtrauen über die Meldung wahrzunehmen, und es ist bekannt, daß gerade die deutschen Nationalisten und Antisemiten es mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen, am wenigsten, wenn es Mißfakten gegenüber Juden und Ausländern zu verulken gilt.

In der Tat benutzen die Radaunationalisten die Freilicht-Aufführungen der „Hermannslied“ auf dem Branhausberge in Potsdam fortgesetzt zu Exzessen übelster Art. Wenn die Arbeiterklasse sich an Kunst freilichtlicher Tendenz erzieht, dann kann man in der nationalistischen Presse immer wieder von Mißbrauch der Kunst und ähnlichen Urteilen hören. Dagegen finden es dieselben Träger der deutschen Kultur angebracht, Freilichtaufführungen zum Tummelplatz der niedrigsten Instinkte werden zu lassen.

Von einer Teilnehmerin in derjenigen Aufführung, bei der der oben gemeldete Zwischenfall passiert ist, wird uns geschrieben: „In den Reihen der Aufführung spielte eine Musikkapelle „Deutschland, Deutschland über alles“. Meine Freundin und ich blieben sitzen, während sich das nationalistiche Publikum von den Sitzen erhob. Sofort zeigte sich der Bildungsgrad dieses bürgerlichen Publikums; es läßt sich schriftlich nicht wiedergeben, was uns wegen unseres Eigenlebens für Beschimpfungen zuteil wurden. Blühlich wurde die Aufmerksamkeit von uns abgelenkt, man hatte ein lohnenderes Objekt gefunden. In unserer Nähe war ein Japaner ebenfalls sitzen geblieben, und nun zeigten sich die deutschen Helden in ihrer ganzen herrlichen Tapferkeit. Man griff den sich völlig ruhig verhaltenden Mann fälschlich an und schlug ihn auf den Kopf. Der Tumult wurde allgemein, als sich ein jüdischer Herr des Japaners annahm.“

Von diesen Vorgängen berichtet das Radauorgan „Deutsche Zeitung“ natürlich nichts und zeigt dadurch, daß es sich jeder Beurteilung dieser Vorkommnisse enthält, wie sehr es mit dem Vorgehen keiner pöbelhaften Gefinnungsgenossen einverstanden ist. Man würde die Gelegenheit begrüßen können, einmal darzulegen, wie oft sich die Meinung des deutschen nationalstischen Bürgertums gegenüber Japan geändert hat. Während man früher die Japaner durchaus sympathisch betrachtete und besonders die militärische Entwicklung Japans aufmerksam verfolgte, sieht man mit dem Beginn des Krieges natürlich eine wüste Beschimpfung dieses Landes ein. Man würde aber den deutschen Antisemiten und Nationalisten viel zuviel Ehre antun, wenn man ihr Verhalten als von einer wirklichen politischen Meinung bittet ansetzen wollte. Diese Träger der deutschen Kultur, deren Kennmarke der Antisemitismus ist, sind tatsächlich nichts anderes als ungebildete Pöbel, die nach Kräften dafür sorgen, die Meinung des Auslandes über den Kulturstand des deutschen Volkes möglichst herabzusetzen.

Das weiße Kreuz von Potsdam

Bekanntlich wurde in das Potsdamer Handelsregister eine Gesellschaft eingetragen, deren Zweck Betrieb einer Zeitschrift „Weißes Kreuz“ und andere Geschäfte sein sollte. Ein eigenes Grundstück in Romowen wurde dazu erworben, und die Gesellschaft dieser Firma und strengsten Adels. Was der Nachschuß und andere Geschäfte“ bedeuten könnte, darüber kann vielleicht ein Blick in die Potsdamer Militärabteilung, Helige-

Geist-Rirche, Aufklärung geben. Nachmittags erscheint dort eine große Anzahl Soldaten, die allesamt mit schwarzen Badehosen ins Wasser springen, auf deren Vorderseite ein großes weißes Kreuz sein äußerlich aufgenäht ist. Diese Wehkreuzler von Potsdam schneiden die übrigen andere Badehosen tragenden Kameraden.

Wenn das nur eine Spielerei sein soll, dann würden wir den Soldaten empfehlen, das Kreuz hinten anzunähen, damit es jeder als einen Witz erkenni. Wenn nicht, dann hat die Militärbehörde die Pflicht, die Öffentlichkeit über den Zweck dieses originellen Klubs aufzuklären. Aus Potsdam kommt in der Regel nichts Einwandfreies!

Verkauf von billigem Brennstoff

Das Brandenburgische Arbeitsamt Berlin schreibt uns: Durch Vermittlung des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes ist vom Dienstag dieser Woche ab ein Kahn mit etwa 3000 Zentner heilem Brennholz am Südufer an der Hennbrücke in der Nähe des Nordhafens zum Verkauf bereit gestellt worden. Es handelt sich um ein gutes Erzeugnis aus dem Ahornholz in der Gegend von Krammen, das auf Grund einwandfreier Begutachtung als hochwertiges Produkt anzusehen ist und das sich auch durch besondere Festigkeit und Trockenheit auszeichnet.

Die Festlegung des Preises ist nach Prüfung durch die Verkaufszentrale Brandenburgischer Forstrentgeber unter Mitwirkung des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes ohne jeglichen Zwischengewinn erfolgt in der Weise, daß bei Abgabe bis zu 10 Zentner ab Kahn 11 M. pro Zentner, von 11—100 Zentner 10,75 M. pro Zentner, und darüber hinaus 10,50 M. pro Zentner berechnet werden.

Es liegt hier ein behördlich unterstützter Versuch vor, auf möglichst billige Weise bereits vor dem Winter die Bevölkerung mit gutem Brennstoff zu versorgen, der bei genügender Abnahmefähigkeit innerhalb kürzester Frist wiederholt werden würde. Die Ware kann an Ort und Stelle beichtigt werden. Die Verkaufszentrale nimmt auch telephonische Bestellungen unter Lützow 8969 entgegen.

Gewaltige Munitionsexplosion bei Brandenburg

Sechs Millionen Sprengkapseln explodiert.

Sechs Millionen Sprengkapseln und Zündhüte explodierten vorgestern nachmittags auf der Insel Wusterau im Pionier See. Die Insel gehört zu der Eisenbahnwerkstätte Brandenburg-West, früher Plauer Pulverfabrik. Von der Treuhändergesellschaft werden dort jeden Tag 800 000 Sprengkapseln und Zündhüte abgefertigt und vernichtet. In einem Lagerhaus lagerten die sechs Millionen Sprengkapseln. Dadurch die Explosion herbeigeführt wurde, wird erst von der Untersuchung festgestellt werden. Ein Arbeiter wurde getötet, drei Arbeiter verletzt. Durch die Explosion wurde ein Waldbrand verursacht, der weit in die Nacht hinein dauerte.

Sportfest des Arbeiter-Sport-Kartells Lichtenberg

Nachdem die Kartellvereine in der bisherigen Saison außerhalb Berlins gastiert haben, treten sie am Sonntag, den 31. Juli, im Lichtenberger Stadion in der Herkbergstraße vor die Öffentlichkeit, um in internen Wettkämpfen ihre Kräfte zu messen. Als „Favorit“ gilt natürlich die „Freie Turnerschaft“. Man muß jedoch abwarten, ob nicht irgendein Kartellverein eine neue „Größe“ geboren hat, um damit den „Freien“ Konkurrenz zu bieten. Wie bei allen Sportfesten, so hat auch bei diesem Kartellsportfest die Leichtathletik das meiste Interesse. Während man sonst in Sportlerkreisen schon vorher eine kleine Ahnung über den Sieger hatte, ist das Sportfest am Sonntag noch in völliger Dunkel gehüllt. Jedoch das eine kann gesagt werden, heiße Kämpfe werden sich um den Sieg entspinnen. Das größte Interesse wird natürlich wieder den Stafetten entgegengebracht. Aber nicht nur die Freunde der Leichtathletik, sondern auch die Anhänger der Schwermathletik und des Fußballsports sollen auf ihre Kosten kommen. Zwei alte Rivalen treten sich hier gegenüber. Sparta II — Lichtenberg II. Beide Vereine spielen in der 1. Klasse der M. S. R. Auch hier können die Fußballfreunde auf ein interessantes Spiel rechnen. Im ganzen umfaßt das Programm folgende Sportarten: Turnen, Laufen, Springen, Ringen, Boxen, Kollstänne, Freiwüchsen und Reiten der Radfahrer. Beginn 2 Uhr. Eintritt 1,50 M. im Vorverkauf, an der Kasse 2 M. Alle Sportler treffen sich um 1/2 Uhr am Trappplatz und marschieren geschlossen durch Neu-Lichtenberg zum Stadion.

Arbeiter! Genossen und Genossinnen Lichtenbergs! Sonntag soll wieder einmal ein Freudenstag sein, für die Arbeiterportler Lichtenbergs und für das klassenbewußte Proletariat. Wenn ihr von eurer Demonstration zurückkehrt mit dem Gedanken „Nie wieder Krieg“, dann kommt am Nachmittag zu uns, zu den Arbeiterportler Lichtenbergs, die als klassenbewußte Revolutionäre schon lange erkannt haben, daß man nicht Sport treibt, um Menschenmächter heranzubilden, daß man als gesellschaftliche Organisation die Jugend nicht im vaterländischen Sinne erzieht, damit diese, wenn Gefahr droht, das Vaterland retten soll, wie das die bürgerlichen Verbände tun, sondern daß wir Sport um des Sportes willen treiben, zur Erhaltung und Stärkung unseres Körpers. Darum heißt die Parole für euch: auf zum Sportfest des Arbeiterportlerkartells Lichtenberg am Sonntag, den 31. Juli.

Wie man Arbeitervereine zu sprengen sucht. In Bukow bei Berlin bestehen seit dem Kriege ein Arbeiter-Sportverein und ein bürgerlicher Sportverein. Beide Vereine turnten bisher an Turngeräten, die ein früherer Männerturnverein (der nicht mehr besteht) ihnen zur Verfügung gestellt hat. Trotzdem der Arbeiterverein nun ebensowohl Recht hat an den Geräten wie der bürgerliche Verein, hat letzterer es doch fertig gebracht, die Geräte bei Nacht aus der Turnhalle zu holen, so daß der Arbeiter-Sportverein jetzt ohne Geräte ist. Doppelt schwer trifft der Verlust den Verein, da er am 31. d. M. sein Stützungsfest und am 7. August eine größere Veranstaltung mit der U. S. P. D. und der E. P. D. feiert. Freudig zu begrüßen ist das Einbringen der Freien Turnerschaft-Neuföhls-Bühn, die ihre Geräte zur Verfügung stellt und den Verein auch mit turnerischen Aufführungen unterstützen wird. — Diese Tat der Bürger kennzeichnet sie selbst.

Zu dem Einbruch bei Adolph Hoffmann wird mitgeteilt, daß es der Kriminalpolizei gelungen ist, den Einbruch teilweise aufzuklären. Es gelang, einen der Täter zu ermitteln und festzunehmen, doch hat die Beute noch nicht wieder herbeigekauft werden können. Diese ist, wie genauere Feststellungen des Bestohlenen ergeben haben, nicht so groß, wie zuerst angenommen worden war. Der Verhaftete ist ein früherer Jürlorgergänger Scripopal, der von Polen hierher gekommen war und sich arbeits- und wohnungslos hier aufhielt. Scripopal hatte sich dadurch verdächtig gemacht, daß er bei dem Abgeordneten gefohlene Sachen zum Kauf anbot. Er bestreitet zwar den Einbruch und gibt nur an, daß er die angebotenen Sachen gar nicht besitze. Diese sind, soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, noch nicht zum Verkauf gelangt, sondern befinden sich noch in irgendeinem Versteck. Scripopal, der wiederholt vorbestraft ist und in dessen Besitz auch Einbrecherwerkzeug gefunden wurde, ist dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Der Mittenraub in der Servusastraße. Die Ermittlungen der Berliner Polizei haben bereits zu einer Verhaftung geführt. Der Verdacht lenkte sich auf einen Mann, der in einem Tischlerbetrieb in einem nördlichen Vorort Berlins arbeitete. Nach Zeugenaussagen ist er zur Zeit des Diebstahls hier mit einem der mitgeraubten Koffer gesehen worden. Die Durchsuchungen haben zwar von den geraubten Schriftstücken nichts zutage gefördert, doch sind diese wahrscheinlich schon wieder fortgeschafft worden. Der Verdächtige wurde vorläufig inhaftiert unter dem dringenden Verdacht, an dem Mittenraub beteiligt gewesen zu sein. Nachgemien werden konnte ihm u. a. auch, daß er mit verschiedenen Personen, u. a. auch einer Frau, hier verkehrt hat, die seit dem Mittenraub aus Berlin verschwunden sind. Nach diesen Personen wird zur Zeit eifrig gesucht. Es wird angenommen, daß es die richtige Spur ist.

Selbstmorde. In seiner Wohnung wurde der Arbeiter H. benennungslos aufgefunden. Er hatte sich mit Gas vergiftet. — Eine Frau Anna Sch. versuchte sich in Niederschöneweide in der Stee zu ertränken, wurde aber von mehreren Männern wieder herausgezogen. Ueber den Beweggrund verweigerte sie jede Auskunft. — In der Nähe des Bahnhofes Treptow wurde auf einer Bank die Leiche eines 45 Jahre alten Mannes aufgefunden und dem Schauhause angeführt. Die Todesursache wird die Obduktion ergeben. — Im Lunapark wurde der 21jährige Arbeitslose Georg F. benennungslos aufgefunden und nach dem Auguste-Biktorie-Krankenhaus geschafft. Er hatte sich aus Nahrungsorgen mit 12 Tabletten eines Schlafmittels vergiftet. — Eine Frau Martha E. beging in ihrer Wohnung in der Hauptstraße in Schöneberg Selbstmord durch Gasvergiftung. — Am Neuen Ufer unweit des Siedens-Weers landete man gestern die Leiche des 31 Jahre alten Paul G. aus der Diedenhöfer Straße. In einem hinterlassenen Briefe ist als Grund unglückliche Liebe angegeben.

Obsternte in Gefahr infolge der anhaltenden großen Dürre. Das Obst fällt massenhaft von den vertrocknenden Bäumen ab und muß den Schweinen verfüttert werden, weil es unreif und saftlos ist.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Schlußteil vorbehalten.)

Es ärgerte Alwine, daß er ja sagte; freilich war sein Ton hart und sein Gesicht erstaunt gewesen.

„Hast du jetzt, wo die Mutter krank ist und wir schon mit der Heuernte beginnen, so notwendig in der Stadt zu tun?“ fragte er.

„Ja“, sagte Helene und sah ihn herausfordernd an.

Natürlich fuhr sie, und es dunkelte stark, als sie heimkehrte. Sie brachte nur Lappalien mit: Bänder, Spigen, Handschuhe, lauter Dinge, die sie ebenjogut in einigen Monaten hätte besorgen können. Ihre Lippen waren dunkelrot, und ihre Haare sahen aus, als wenn sie sich erst kurz vorher in einem Friseurladen hätte bedienen lassen. Alwine schnupperte förmlich an ihr herum. Wie das roch! Ein ganz feiner, kaum bemerkbarer und doch eindringlicher Geruch! Ein Parfüm, das sie bisher nie an Helene gefannt hatte — Es hing an ihr, als wenn sie lange mit jemandem in Berührung gekommen wäre, der dies Parfüm bevorzugte.

Alwine machte kein Hehl daraus, daß sie es verabscheute. Sie zog die Nase hinauf und riefelte: „Na, wie du aber riechst! Wo warst du denn?“

„Wo werde ich denn gewesen sein? Beim Friseur! Wenn du kein Bedürfnis hast, dir den Kopf waschen zu lassen, so ist das deine Sache. Uebrigens frage ich ja auch dich nicht, woher du deine Parfüms beziehst?“ Grohartig! Sie fragte nicht! Sie redete wie eine Weltkame von Parfüm, der Frau!

„Du fährst dich wohl schon als Frau Fabrikbesitzerin? Rühlich! Was das hübsche Schönheit nicht alles ausmacht! Nun, ich will dem Vater den Star schon stechen; was an mir liegt, will ich tun, geht's nur erst droben besser!“

„Aber solange konnte Alwine gar nicht warten; als der Vater das erstemal wieder gemächlich in seinem gemütlichen Wohnzimmer heißen wollte, fing sie an.

„Helene schreibt natürlich wieder Briefe oben, sie schreibt ja jetzt immer Briefe!“ Sie sah den Vater von der Seite an.

Er war eben im Begriff, eine saftige Ente zu transhieren, mon sah ihm das Behagen und die Vorfreude an dem schönen Braten über das ganze Gesicht an, aber Alwine war unbarmerzig.

„Die hat gewiß wieder ein ganz ausichtsloses Testelmechjel angefangen —“

„Schämst du dich nicht?“ fuhr sie der Vater an. „Das ist, mein Erlaubt, das ist wirklich purer Neid! Laß doch das

Müdel gehen! Was denn? Ich habe nichts, gar nichts dagegen, hörst du? Wer es ist, will ich gar nicht wissen, merk dir's! Nein, seid ihr Gemütsamen! Kindlein, liebet euch untereinander! Nein, nein, nein, es ist zu frah! Ihr versteht es, das Haus behaglich zu machen! Welcher Satan geht denn unter euch um? Habt ihr denn kein Atom von der Güte, dem Verständnis und der Weisheit eurer Mutter? Still! kein Wort. Du hast den Mund zu halten, du bist nicht wert von ihr zu reden. Still! sag ich, ich habe genug, genug.“

Ohne an die Kranke zu denken, der er bis jetzt die peinlichste Sorgfalt gewidmet hatte, läutete er Sturm, befahl, das Essen hinauf zu tragen, und hätte in seiner Erregung beinahe Peter umgestoßen, der links eintrat, wie immer, um schnell seine Mahlzeit einzunehmen. Der Vater warf ihm einen bösen Blick zu. Peter sah wohl, daß seine Anwesenheit des Vaters böse Laune noch verschlechterte. Oh, ihn hätte nichts in der Welt dazu gebracht, in dies abscheuliche Ezzimmer einzutreten, wenn er nicht dazu gezwungen worden wäre. Er dachte mit Sehnsucht an die lichten Stuben der Mutter, an die heiteren hellen Wände mit den vielen schönen Bildern und Stichen. — Dies verhaßte Zimmer kam ihm wie ein Gefängnis vor, und sobald die Mahlzeit beendet war, entfloß er schnell.

Er hatte die Gewohnheit angenommen, entweder mit den Knechten draußen zu arbeiten, dem Hannes im Stall zu helfen oder im Wald umherzujukreifen. Es pridelte ihn, den Weg wiederzufinden, den er in der unglückseligen Nacht gegangen war.

Auf mancher Kuppe stand er und sah Kuppen und Spigen unter sich ruhen und schaute auf die dunklen Bogen der Wälder am Horizont, oder er krieg auf die höchste Kuppe und blickte über die Ebene hin mit den vermischten Pinien der ferneren Berge und hatte Sehnsucht danach und darüber hinaus und fühlte dumpf ein schweres Schicksal über sich. Was sollte aus ihm werden?

Nie konnte er zu seinem Feiniger zurückkehren!

Der Tag der Stunde rückte immer näher. Er konnte sie meiden, ja, aber das war nur ein Aufschub, er verschlimmerte dadurch nur seine Lage. In dem Tag, an dem ihn der Lehrer erwartete, stand er hoch oben am Andreaskreuz und ging erst gegen Abend, müde von weiten Märschen, heim. Im letzten Drittel des Weges war's ihm plötzlich, als höre er ein heiteres Winseln. Es drang so unausgeseht und so kläglich zu ihm, daß er sich aufmachte, um den Tönen zu folgen, die gar nicht allzufern klangen. Er gelangte nach einer kleinen Lichtung, die er wohl kannte, und fand im Moos liegend

einen graugelben rauhhaarigen Schnauzer, der bei seinem Nahen aufspringen wollte, aber gleich wieder zurückfiel.

Peter suchte ihn zu beschwichtigen, aber das Tier zeigte ihm seine Zähne, ein tadelloses, prachtvolles Gebiß, fast wie das eines Raubtieres. Endlich gelang es Peter nach langem Zureden, den Hund soweit zu bringen, daß er sich beruhigte und sogar unterzucht ließ.

Jedenfalls hatte er gejagt, einen Schuß in die Pfoten bekommen und sich nun ins Dickicht vertrieben. Peter suchte das arme, vor Schmerz zitternde Tier zu beruhigen, nahm es zu leicht vorsichtig in seine Arme, was es ruhig gelassen ließ, und trug es so langsam heim. Still und voller Vertrauen lag nun der Hund an seiner Brust und sah mit den Augen und traurigen Augen zu ihm auf, wie wenn er sagen wollte: „Geht nur zu, du wirst's schon recht machen.“ ja er versuchte sogar, wenn Peter gut und eindringlich mit ihm sprach, den kurzen Stumpschwanz zu rühren, und schmeigte sich zuecht fast wie ein Kätzchen an ihn. Peter brachte ihn unbemerkt ins Haus, wusch ihm die Wunde und verband ihn.

Er war freudig erregt und glücklich über den neuen Kameraden und schloß fast kein Auge aus Angst, der Hund bedürfte etwas, und als er nach einem kurzen tiefen Schlafe am Morgen aufwachte, war sein erster Blick nach dem Hunde, der zusammengerengelt, die weißen verbundenen Pfoten wie unförmliche Klumpen von sich gestreckt, schlief.

Nun kam eine Zeit großer Sorge für Peter. Es galt, den Schützling unbemerkt heroben zu behalten. Da konnte nur Tina helfen, das junge Mädchen, das die Mutter bediente und auch sein Zimmer besorgte. Er beschwor sie, niemandem etwas von dem Hunde zu sagen und ihm beizuhelfen, bis das Tier wieder gesund war und heimlaufen könne, was sie ihm nach einigem Zögern zugestand. Sie war ein verschlossenes, von ihrem jähzornigen Stiefvater verprügeltes, mißtrauisches Wesen, das mit den anderen Diensthöten nichts zu tun haben wollte, aber ihrer Herrin, von der sie zum erstenmal Güte erfahren, blind ergeben. Ein Gefühl, das sie auch auf Peter übertragen hatte, bis zu dem Augenblick, wo sie seine Kälte der Mutter gegenüber empörte.

Nun, da er den kranken Hund so schön pflegte, wurde sie wieder weicher, sie stand oft lange und schaute zu, mit welcher Sorgfalt Peter das Tier verband, fütterte und freischelte. Weil sie viel von der Pflegerin abgehoßt wurde, kam sie alle Augenblicke, brachte heimlich etwas mit oder stand Posten, wenn Peter den Patienten in der Dämmerung oder am Morgen verdeckt die Hintertreppe hinuntertrug.

Im Verbergen und Verziehen war sie als echtes Weib viel schlauer als Peter, und ihr dankte er es, daß er unbemerkt durchkam. (Fortf. folgt.)

